



Bundeskanzlerin
der Bundesrepublik Deutschland
Frau Dr. Angela Merkel MdB
11012 Berlin

15. Oktober 2020

Förderung für Auszubildende verbessern

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Frau Dr. Merkel,
die aktuellen Zahlen untermauern, dass der historische Wirtschaftseinbruch durch die Corona-Pandemie spürbare Auswirkungen auf die Beschäftigung und die Ausbildung in den Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie hat.

Ihre politische Entscheidung, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, die Zugänge zur Kurzarbeit zu erleichtern und zu erweitern hat maßgeblich dazu beigetragen, Beschäftigung soweit wie möglich zu sichern. Die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit wiesen in der Spitze mehr als 1,7 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der M+E-Industrie in Kurzarbeit aus.

Gleichzeitig sehen wir in den Unternehmen, dass die Unsicherheit über die weitere Entwicklung eine Zurückhaltung bei neuen Beschäftigungsverhältnissen und in der Ausbildung mit sich bringt. Zumal die Auswirkungen der Corona-Krise die Folgen der schweren Rezession unserer Branche in 2019 zusätzlich verstärken. Hinzu kommen die Herausforderungen des Strukturwandels durch Digitalisierung, Klimaschutz und neue Mobilitätskonzepte.

Aktuelle Umfragen der beiden Sozialpartner in der Metall- und Elektro-Industrie lassen befürchten, dass das stabil hohe Engagement der vergangenen Jahre für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs leiden wird. Aufgrund unserer demografischen Entwicklung sind wir auf eine gut ausgebildete junge Generation angewiesen. Sie ist die Garantie dafür, den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder erfolgreich aufzustellen. Schon vor der Krise rang die M+E-Industrie um Fachkräfte und gut ausgebildeten Nachwuchs. Daher muss für die berufliche Zukunft junger Menschen jetzt noch mehr getan werden, um dramatische Langzeitfolgen für die Wirtschaft und ihre Beschäftigten zu verhindern.

Die Bundesregierung hat mit dem Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ auf diese Situation schnell reagiert. Mit den Ausbildungsprämien bei Erhalt und Erhöhung des Ausbildungsniveaus, mit Übernahmeprämien bei pandemiebedingter Insolvenz des Ausbildungsunternehmens und mit dem Zuschuss zur Ausbildungsvergütung zur Vermeidung von Kurzarbeit wurden wirksame Instrumente zur Förderung der Ausbildung auf den Weg gebracht.

Allerdings ist das Bundesprogramm auf Betriebe bis 249 Beschäftigte begrenzt. Für die Metall- und Elektro-Industrie ist diese Beschränkung einschneidend, denn hier sind rund 60 Prozent der insgesamt etwa 200.000 Auszubildenden in Unternehmen angestellt, die mehr als 250 Beschäftigte zählen. Diese Unternehmen finden aktuell keine Berücksichtigung im Bundesprogramm.



Dabei brauchen wir die mittleren Unternehmen mit ihren Ausbildungskapazitäten gerade in den Fällen, wo junge Menschen durch Insolvenz ihres Ausbildungsbetriebes ihren Berufseinstieg unterbrechen mussten.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, wir, die Sozialpartner der Metall- und Elektro-Industrie, halten es daher für dringend geboten, diese Lücke zu schließen und die finanzielle Förderung der Ausbildung auf Unternehmen bis 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszuweiten, die jungen Menschen trotz Corona eine Ausbildungsperspektive bieten. Zumal voraussichtlich in 2020 nicht alle dafür vorgesehenen Finanzmittel ausgeschöpft werden.

Öffentliches Geld für Ausbildung ist eine Investition in die Zukunft. Es ist gut angelegt, und es ist dringend erforderlich, um das hohe Ausbildungsniveau in der Metall- und Elektro-Industrie und anderen Branchen zu halten.

Bitte unterstützen Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, uns in der Sicherung der Ausbildung durch die Einbeziehung der o. g. Unternehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Christiane Benner
2. Vorsitzende IG Metall

Oliver Zander
Hauptgeschäftsführer Gesamtmetall